

2012 in Zahlen

18 011
Teilnehmer
18 366 im Vorjahr

984,5
Arbeitseinheiten*
1 000,5 im Vorjahr
* 1 Arbeitseinheit = 90 min

290
Veranstaltungen
364 im Vorjahr

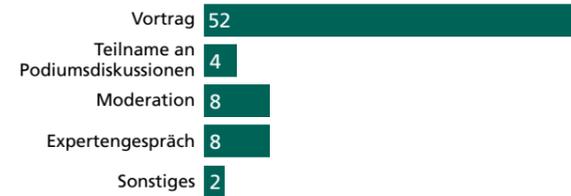
BETEILIGUNG AN FREMD-VERANSTALTUNGEN*

* Veranstaltungen von anderen Trägern der politischen Bildung mit Beteiligung der SLpB

Regionale Verteilung
Zahl der Veranstaltungen



Formen der Beteiligung
Zahl der Veranstaltungen



DIKTATUR – AUFARBEITUNG UND SYSTEMVERGLEICH
77

THEMEN

Zahl der Veranstaltungen

POLITISCHES SYSTEM, POLITISCHE ORDNUNG
27

INNENPOLITIK
25

POLITISCHE BILDUNG
30

POLITISCHE THEORIE
6

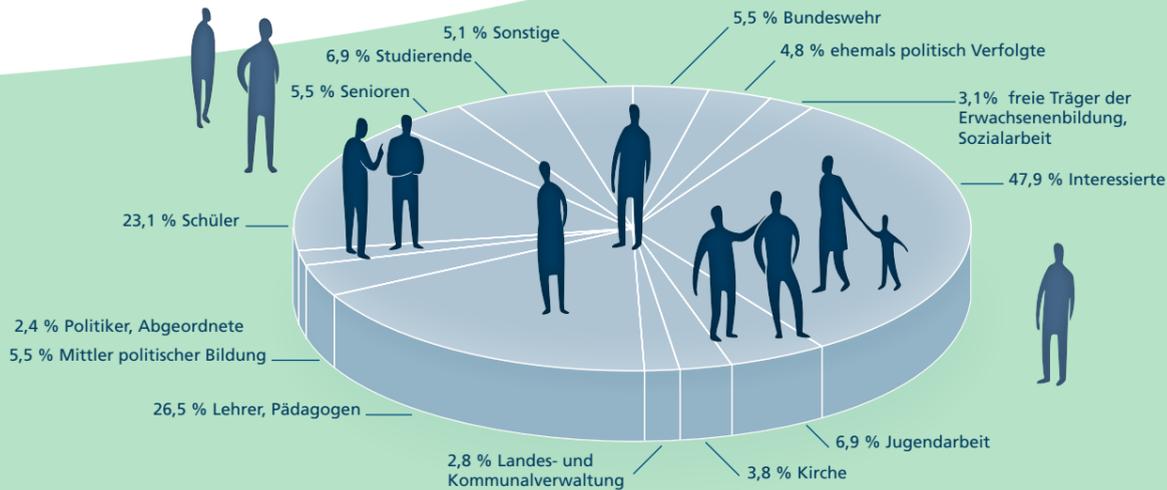
EUROPA, INTERNATIONALES
35

SÄCHS. GESCHICHTE, LANDESKUNDE
32

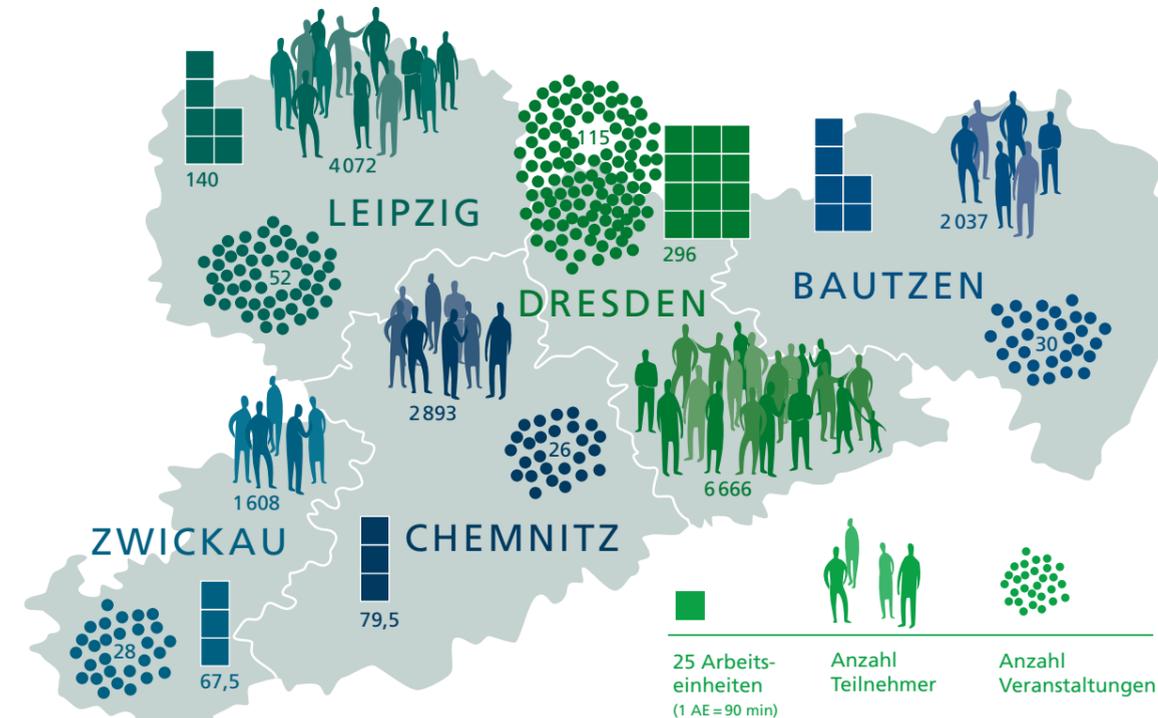
DEUTSCHE GESCHICHTE, GESCHICHTE ALLGEMEIN
43

SONSTIGES
15

ZIELGRUPPEN



REGIONALE VERTEILUNG



BÜCHERZENTRUM

INFOMOBIL



Zweitausend12

Jahresbericht der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung



Krabats Zauberland, Exkursion durch die Oberlausitz

Für das Jahr 2012 wählten sich die Mitarbeiter der SLpB zum dritten Mal in Folge ein Jahresthema. Es lautete: „Lasst uns streiten. Politische Kultur zwischen Konflikt und Harmonie.“

Die Wahl erfolgte direkt und demokratisch. Alle im Haus – vom Hausmeister bis zum Direktor – beteiligten sich. Das am Ende der Diskussion mit großer Mehrheit gewählte Thema qualifizierte und konzentrierte die Arbeit. Mit Fug und Recht kann man es als einen „Volltreffer“ bezeichnen. Das Thema elementarisierte die Bildungsarbeit, will sagen: orientierte sie auf etwas Fundamentales. Über das Jahr 2012 hinaus erreichten uns Anfragen nach Vorträgen, Publikationen und Diskussionen zu diesem Thema. In diversen Veranstaltungen wurde der Streit als „Lebenselixier“ des demokratisch verfassten Gemeinwesens thematisiert.

Leider hat der Streit keinen guten Ruf, was daran liegen mag, dass er allzu oft geführt wird mit dem Ziel, Andersdenkende und Anderswollende „niederzumachen“. Dabei dient der Streit in der Demokratie keineswegs der Durchsetzung vermeintlich absoluter Wahrheiten, sondern der Bestimmung mehrheitlich getragener Positionen. Er dient der Erarbeitung tragfähiger Kompromisse. Er erfolgt nach allgemein akzeptierten Regeln.

Die Abwesenheit von Streit ist ein beunruhigendes Signal. Von dem für unser Staatsverständnis bis heute maßgeblichen französischen Verfassungstheoretiker Charles de Montesquieu stammt die Formulierung: „Vernimmt man in einem Staat keinen Lärm von Streitigkeiten, so kann man sicher sein, dass in ihm keine Freiheit herrscht.“ (in „De l'ésprit des lois“)

Politische Bildung braucht Streit

Mit dem Jahresthema „Lasst uns streiten!“ hat sich die Bildungsarbeit der Landeszentrale quasi selbst thematisiert. Die Verantwortlichen der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg haben gemeinsam mit zahlreichen Politiktididaktikern im Jahr 1976 den Beutelsbacher Konsens formuliert. Dieser trägt seinen Namen, weil die Tagung in

dem kleinen Ort Beutelsbach stattfand. Seither gilt der Beutelsbacher Konsens quasi als „Grundgesetz“ der politischen Bildung, welche in der Demokratie, für die Demokratie und auf der Grundlage unserer freiheitlichen und demokratischen Ordnung stattfindet. Immer wieder hört man Stimmen, die nach einer Überarbeitung rufen. Niemand fordert seine Abschaffung.

Mündige Bürger sind das Herz der Demokratie

Ein Prinzip des Beutelsbacher Konsenses ist das Gebot der Gegensätzlichkeit. Es zielt darauf ab, die Indoktrinierung zu verhindern und die freie Meinungsbildung zu ermöglichen. Ein politischer Bildner muss ein Thema gegensätzlich darstellen und diskutieren, wenn es in der Öffentlichkeit gegensätzlich diskutiert wird. Seine eigene Überzeugung und seine politischen wie theoretischen Standpunkte sind grundsätzlich unerheblich (... wobei er selbstverständlich eigene Überzeugungen besitzen darf und sollte.) Sie dürfen nicht zur Überwältigung der Meinungs- und Urteilsbildung anderer verwendet werden.

Mündige, d.h. selbstständige, politisch meinungs- und urteilsfähige Bürger sind unser Ziel.

Warum ist dies wichtig? Weil das Ziel unserer Arbeit nicht darin besteht, hörige Untertanen, sondern mündige, d. h. selbstständige, politisch meinungs- und urteilsfähige Staatsbürger heran zu bilden. Warum sind diese so wichtig? Weil nur sie dafür sorgen können, dass die Demokratie als gesellschaftliche Ordnungs- und politische Herrschaftsform die wesentlichen Vorteile gegenüber allen autoritären, doktrinären und totalitären Ordnungs- und Herrschaftsformen behält: nämlich offen, freiheitlich, lern-, konflikt- und entwicklungsfähig zu sein. Wie sollte dies gelingen können ohne Streit? Wie sollte dies gehen, ohne dass wir die politische Auseinandersetzung zulassen, suchen, organisieren und öffentlich führen?

Weder reibungslos noch konfliktfrei

In Korrespondenz zwischen diesen Fragen und einer These Hartmut von Hentigs ist festzustellen: Politische Bildung vollzieht sich in einer pluralistischen und demokratisch strukturierten Gesellschaft weder reibungslos noch konfliktfrei, genauso wenig wie die Demokratie selbst eine reibungslose oder konfliktfreie Veranstaltung sein kann. Sie ist darauf angewiesen, verschiedene Werte und Güter gegeneinander abzuwägen. Werte können eine Gesellschaft in ihrem Bestand nicht nur festigen, sie können sie ebenso auf eine heilsame Weise beunruhigen.

Mit dem Jahresthema hat sich die Bildungsarbeit der Landeszentrale quasi selbst thematisiert.

Im Erlernen von Regeln bei Aushandlungsprozessen – sprich im Erlernen von Streit – und bei der Suche nach Kompromiss und Konsens erfolgt die Festigung unseres demokratisch verfassten Gemeinwesens. Das, was wertvoll ist an der Demokratie, zeigt sich eindrucksvoll nicht in dem Moment, in dem alle irgendwie einer Meinung sind. Der Wert der Demokratie erweist sich im Konfliktfall, wenn und weil es gelingt, unterschiedliche Positionen und Interessen im offenen Streit auszutragen und zu einem tragfähigen Kompromiss zusammen zu führen.

Praxis statt grauer Theorie

Als praktisches Übungsfeld bei der Umsetzung des Jahresthemas erwies sich die Mitwirkung in der AG 13. Februar in Dresden. Die Moderation politischer Meinungs- und Willensbildungsprozesse gehört nicht unbedingt zu den klassischen Aufgaben einer Landeszentrale. Angesichts der „unorthodoxen“ Zusammensetzung der AG (Vertreter der Stadtratsfraktionen, der Verwaltung und der Zivilgesellschaft sitzen gleichberechtigt an einem Tisch und beratschlagen eine städtisches Anliegen.) brachte sie in der Form des „learning by doing“ auch für die beteiligten politischen Bildner neue und interessante Erkenntnisse.

Politik braucht Kommunikation

Wie gehen Gesellschaft und Politik mit den strukturellen Veränderungen in der Bundeswehr um? Was passiert bei Standortschließungen mit Menschen, Gelände und Gebäuden? Diese Fragen standen im Mittelpunkt einer mit dem Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr und der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik durchgeführten Tagung im Juni 2012.

Im Situationsbericht der Bürgermeisterin einer kleinen niedersächsischen Gemeinde direkt im strukturschwachen Gebiet an der alten innerdeutschen Grenze wird deutlich: Gute Politik ist Dienst am Menschen, plant weitsichtig und bindet rechtzeitig alle Akteure ein. Gute Politik will nicht nur praktisch vorbereitet sein und umgesetzt werden, sondern braucht auch einen kommunikativen Prozess der Begleitung.

So konnten im beispielgebenden Fall durch dichten und vertrauensvollen Informationsaustausch zwischen den Akteuren „Gemeinde“, „Standortverwaltung“ und „Ministerium“ Anschlussnutzungen für Gebäude und Gelände sowie Weiterbeschäftigungsmöglichkeiten für das überwiegend nichtmilitärische Personal gefunden werden. Politische Bildung war hier ganz praktisch zu verstehen: Was ist konkret zu tun, um ein Problem, das einem unter den Nägeln brennt, kenntnisreich, vernetzt und partnerschaftlich einer für alle Seiten befriedigenden Lösung zuzuführen?

Martin Döring (Referent / Veranstaltungsplanung)



Graphic: Nonthly - bobla.com

Newsletter 1/2012 löst das Halbjahresprogramm ab



Der Große? Start einer Reihe zum 300. Geburtstag von Friedrich II. in Chemnitz

Götz Aly fragt in Leipzig: Warum die Deutschen warum die Juden?

Profil zeigen im Internet. Tagung in der Evangelischen Akademie Meißen



Ein gemeinsames politisches Ziel ist erkannt. Dresden am 18. Februar 2012

Come together

Im Sommer 2011 lud der amtierende Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Dresden, Dirk Hilbert, mich als Direktor der SLPB ein, die „Arbeitsgruppe 13. Februar“ zu moderieren. Zusammen mit Sabine Kirst, Referentin der SLPB, nahm ich die Einladung an. Bis ins Frühjahr 2012 moderierten wir zwölf Sitzungen und zahlreiche Gesprächsrunden diverser Unterarbeitsgruppen, in denen Vertreterinnen und Vertreter der Stadtratsfraktionen, der Verwaltung und der Zivilgesellschaft die Gestaltung des 13. Februar vorbereiteten.

Die Tatsache, dass es im Februar 2011 zu gewalttätigen Exzessen von Rechtsextremisten und linken Autonomen gekommen war, hatte die Bürger erschüttert. Die Suche nach einer Gesprächsbasis innerhalb der AG 13. Februar – über die Grenzen der sechs Stadtratsfraktionen und anderer Gruppierungen hinweg – erwies sich als schwierig. In vielen politischen und juristischen Fragen (z. B. in der Frage nach der Legalität und Legitimität von Blockaden rechtsextremistischer Demonstrationen) konnte keine Einigkeit hergestellt werden.

Ein nach vielen Debatten einmütig verabschiedetes Konsenspapier enthielt u. a. folgende Formulierungen:

(1) Die Mitglieder der AG sind sich einig, dass ihre Veranstaltungen verfassungskonform, friedlich und gewaltfrei sein müssen. Wir werden alles in unseren Kräften Stehende tun, um dieses Ziel zu erreichen. Die Anwendung von Gewalt unter dem Vorwand des Protests wird von uns verurteilt. Die AG 13. Februar ruft nicht zu Blockaden auf.

(2) Hinsichtlich der Frage, ob eine gemeinsame Aktion in „Hör- und Sichtweite“ der rechtsextremistischen Demonstration stattfinden sollte, besteht keine 100%ige Einigkeit. Für einige Gesprächspartner ist die „Hör- und Sichtweite“ außerordentlich wichtig; andere können dieselbe lediglich tolerieren. Eine strikte Ablehnung der „Hör- und Sichtweite“ ist bei keinem Gesprächspartner festzustellen.

(3) Alle Mitglieder der AG stört es, wenn der Eindruck entsteht, die Positionen bzw. die Protestformen der jeweils anderen seien moralisch höherwertiger als die eigenen.

(4) Eine gemeinsame Aktion kann nur zustande kommen, wenn alle Partner die Sorgen und Ressentiments der jeweils anderen ernst nehmen, auf die anderen zugehen und gemeinsam nach einem tragfähigen Konzept suchen.

Auf der Grundlage dieser Positionen und des entstandenen Vertrauens konnten Veranstaltungen am 13. und am 18. Februar 2012 gemeinsam verantwortet und durchgeführt werden. Der Moderationsprozess beinhaltete außerdem mehrere separate Gespräche mit den Verantwortlichen des Ordnungsamtes und der Polizei. Der 13. und der 18. Februar 2012 verliefen weitestgehend friedlich und gewaltfrei. Im Zusammenhang des beschriebenen Prozesses entstanden zwei Filme: „Mut zum Konsens“ und „Come together. Dresden und der 13. Februar“. Letzterer hatte am 27. November 2012 Premiere und wird seither in vielen Städten – auch außerhalb Sachsens – aufgeführt und öffentlich diskutiert.

Frank Richter (Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung)

Veranstaltungen mit Tradition

Im Laufe der Jahre sind Veranstaltungsformate entstanden, die sich bei kontinuierlicher Weiterentwicklung einer gleich bleibenden Nachfrage und Beliebtheit erfreuen. Dazu gehören u. a. die Bildungsreisen nach Brüssel und Berlin, das Planspiel „Mdl“ (Mitten im Landtag), die Gedenkstättenfahrt nach Auschwitz, regelmäßig angebotene Rhetorikseminare, die Delitzscher Kamingsgespräche, szenische Lesungen des Büchleins von Kressman Taylor „Adressat unbekannt“ sowie die Führungen durch die Gedenkstätte Bautzener Straße. Diese fanden im Jahr 2012 allein unter Mitwirkung der SLPB 27mal statt und wurden von ca. 700 Personen in Anspruch genommen wurden.

107 von 290 Veranstaltungen wurden neu konzipiert. Die Übrigen sind Weiterentwicklungen.

Es ist nicht immer leicht, die Ausgewogenheit zwischen angebots- und nachfrageorientierter Bildungsarbeit herzustellen. Die Tatsache, dass bestimmte Veranstaltungen über Jahre hinweg immer wieder abgerufen werden, mag auch für deren inhaltliche Qualität und zielgruppengerechte Aufbereitung sprechen. Die Kolleginnen und Kollegen der SLPB versuchen, oberflächliche Routine zu vermeiden. Auch wenn 63 Prozent aller Veranstaltungen eine Weiterentwicklung waren, ist keine Veranstaltung wie die andere. Auch die Neuauflage eines altbewährten Formates ist eine neue Veranstaltung.

Im ersten Versuch!

Oder: Perspektivwechsel tut gut

Immer wieder sind es Jahrestage und Jubiläen, die die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich ziehen und den Kalender der politischen Bildung mitbestimmen. Im Jahr 2012 war es der 300. Geburtstag Friedrich des Großen, welcher in acht Veranstaltungen der SLPB aufgegriffen wurde. Die Bedeutung des „großen“ Preußen für die Geschichte Sachsens wurde tief-

Detaillieren heißt interessieren

Dieser Rhetorik-Grundsatz galt als Matrix für die Ausstellung „Die Angst setzt Grenzen – Die Mauer als Symbol der Deutschen Teilung“ und den gleich lautende Vortrag. Schicksale an der innerdeutschen Grenze werden mit Fotos und Dokumenten wie Briefen, BStU-Akten oder Tagebuchaufzeichnungen erzählt.

Man erfährt, was sich in den kleinen Thüringer Grenzdüffern abspielte, als Agitatoren mit LKWs und Megaphonen durch die Straßen fuhren und kommunistische Parolen verbreiteten. Man sieht, wie ihre Abgesandten an Haustüren klingeln, um Familien zum Verlassen ihrer Häuser aufzufordern. Dokumente belegen, wie sich Einzelne durch einen Sprung ins unmittelbar benachbarte Bayern retteten oder durch Suizid der „Säuberungsaktion“ entzogen, die unter dem perversen Namen „Aktion Ungeziefer“ in die Geschichte einging und wenige Jahre später wiederholt wurde. Man lernt, wie Splittermen aufgebaut waren und wo und mit welchem „Erfolg“ sie montiert wurden. Man erlebt mit, wie Eltern ihre bei der Flucht ermordeten Kinder beweinen. Sogar die abenteuerliche Flucht eines Grenzbeamten lässt sich nachvollziehen, die allerdings mit seiner gewaltsamen Rückführung und einem Todesurteil endete. Das und noch vieles mehr ist eingebettet in den historischen Kontext, damit der Betrachter oder Zuhörer ein wenig besser versteht, was sich an der innerdeutschen Grenze abspielte. Am häufigsten wird dieses Veranstaltungsformat von der Bundeswehr und von Schulen abgerufen.

Dr. Eva-Maria Zehrer (Referatsleiterin / Landeskunde und Zeitgeschichte)



Vergangenheit zwischen Aufklärung und Verklärung. Kritischer Blick zurück u.a. von Heinz Eggert (Theologe und Politiker) und Dr. Stefan Trobisch-Lütge (Psychologe)

sonderen Vereinbarung, in der sich die Partner über die Bedeutung des gemeinsamen Themas verständigt und vertrauensvolle Zusammenarbeit vereinbart haben.

War früher alles besser?

Für eine Veranstaltung am 8. März 2012 wählten sie sich einen besonderen Ort: das „DDR-Museum“ in Radebeul. „Früher war alles besser!“ lautete der provokante Titel der Tagung. War früher alles besser?

Zu den gelungenen Beispielen einer Parallel- bzw. Nachnutzung von Veranstaltungsinhalten darf der ganzseitige Artikel zählen, den die Sächsische Zeitung am 10. März 2012 in Form einer Nachbetrachtung veröffentlichte; ebenso die Tatsache, dass der renommierte Geschichtsdidaktiker Prof. em. Dr. Bodo von Borries seinen auf der Tagung gehaltenen Vortrag „Vorstellungen von Geschichte - zwischen kommunikativem



Blumenschmuck zum Frauentag. „Früher war alles besser!“ Tagung zum historischen Bewusstsein am 8. März im DDR-Museum Radebeul

Gedächtnis und kultureller Überlieferung“ zur Nachnutzung zur Verfügung stellte. Dieser ist auf den Infoseiten der SLPB abrufbar.

Zu einer Podiumsdiskussion mit dem Titel „Godbye Lenin – zum Umgang mit politischen Denkmälern aus der DDR-Zeit“ lud die SLPB gemeinsam mit der Sächsischen Akademie der Künste. Experten der Aufarbeitung diskutierten mit Kunsthistorikern über den rechten Umgang mit dem Erbe von Thälmann - Skulpturen, Lenin – Denkmälern und anderen Kunstwerken aus der DDR im öffentlichen Raum. Dass sich zahlreiche Besucher und Mitdiskutanten einfanden, mag dem Umstand zu verdanken sein, dass es zur selben Zeit eine heftige, öffentlich geführte Diskussion über den Verbleib des Wandreliefs „Der Weg der roten Fahne“ am Dresdner Kulturpalast gab. Das zeitliche Zusammentreffen einer lange geplanten Veranstaltung mit einem tagespolitisch aktuellen Thema stellt einen Glücksfall in der Bildungsarbeit dar. (Und Glück kann man nicht immer haben.)





„Erinnerung ist eine Rekonstruktion aus heutiger Sicht.“ Prof. Dr. Bodo von Borries



„Ich wollte frei sein.“ Vera Lengsfeld erinnert sich an ihre Kindheit als Tochter eines Stasi-Offiziers

Neue Partner

Das Infomobil der SLpB „ging“ im Spätsommer auf Tour durch Nordsachsen und präsentierte seine Angebote in einer ausgeprägt ländlichen Region. Dies geschah unter medialer Begleitung durch die Regionalredaktion der Leipziger Volkszeitung für Delitzsch-Eilenburg und aus Anlass der 10jährigen Wiederkehr des „Jahrhunderthochwassers“ von 2002.

31 Veranstaltungen (11 Prozent) wurden vom Infomobil begleitet. Bei 39 Veranstaltungen war ein Büchertisch der Landeszentrale dabei.

Eine Veranstaltung in erstmaliger Kooperation mit dem Central European Future Forum (CEFF) beschäftigte sich mit der Situation im Dreiländereck „nach Schengen“. Sie trug den Titel: „Die gegenseitige Wahrnehmung der Nachbarn D, CZ und PL“.

Die geografische Lage Sachsens an zwei nationalen Außengrenzen gehört zu den Alleinstellungsmerkmalen der SLpB. Oftmals reichen die personellen und finanziellen Ressourcen nicht aus, den Anfragen aus dem benachbarten Ausland bzw. den mit dieser Besonderheit verbundenen Aufgaben gerecht zu werden. In diesem Zusammenhang kann der Verweis auf Angebote und Veranstaltungen der Bundeszentrale für politische Bildung helfen.

45 Prozent aller Veranstaltungen wurden mit Kooperationspartnern durchgeführt.

Bedauerlich!

Leider geschieht es im Alltag der SLpB immer wieder einmal, dass eine geplante Veranstaltung aufgrund zu geringer Anmeldezahlen abgesagt werden muss. Die Ursachen dafür sind in der Regel vielfältiger Art.

Ein Seminar zur Bedeutung des 9. November für die deutsche Geschichte fiel aus, weil sich kein einziger Lehrer angemeldet hatte. Die Nachfrage des Kurzplanspiels „Ideen brauchen Mehrheiten“ war so gering, dass es vorläufig aus dem Programm genommen wurde. Es wird überarbeitet und bei Vor-Ort-Einsätzen des Infomobils in neuer Form präsentiert.

Da es an der Landeszentrale keinen ausgewiesenen Experten für wirtschafts- und finanzpolitische Fragen gibt, mangelte es auch im Jahr 2012 an entsprechenden Veranstaltungsangeboten. Dies ist bedauerlich. Die Zusammenhänge zwischen politischen und ökonomischen Entwicklungen aufzuzeigen und zu beleuchten, gehört zu den elementaren und wichtigen Aufgaben der politischen Bildung.

Highlights

Sind sie ein Team oder kämpfen die Referenten und Referentinnen der SLpB „jede/r für sich“?

Wie oft lautet die Antwort: Sowohl als auch. Es ist im Sinne der Qualitätsentwicklung politischer Bildungsarbeit, wenn Veranstaltungen unter Einbeziehung möglichst vieler vorbereitet, durchgeführt und nachbereitet werden. Dies war im höchsten Maß der Fall beim Auftritt der Landeszentrale während der Leipziger Buchmesse.



Er will nur spielen! Und schon verwickelt Donatus Weinert Passanten in politische Gespräche

Vom 15. bis zum 18. März 2012 beteiligten sich 15 Kolleginnen und Kollegen – zumeist ganztägig – bei der Betreuung des Standes, der in gewohnter Weise in Kooperation mit der Landeszentrale von Sachsen-Anhalt gestaltet wurde. Ähnlich war es beim Tag der Sachsen in Freiberg, beim Sächsischen Weiterbildungstag in Leipzig und bei unserer Partnerkonferenz. Solche anspruchsvollen Angebote sind nur im Team möglich.

Zwicklaus next topspeaker ist eine junge Frau: Alisia Groicher gewinnt beim Redewettstreit



Klappe auf zum Tag der Sachsen. Werner Rellecke am Infomobil

Klappe auf?!

„Und von welcher Einrichtung kommen Sie jetzt...?“ Spätestens nach einigen Minuten stellen viele Besucher am Infomobil diese Frage. Die Mehrzahl kennt uns noch nicht und so ist jede Stunde auf Märkten, Volksfesten oder am Rande großer Veranstaltungen im Sinne unseres Auftrags gut investierte Zeit.

Interesse und Offenheit für unser Angebot wachsen mit der „Leichtigkeit“ der Situation. Den größten Zuspruch erleben wir am Rande großer Kulturveranstaltungen oder eben manchmal auch hinter der Düne am Ostseestrand, wo neben das verhaltene Interesse noch die Neugier tritt. Es will also

gut überlegt sein, wann wir wo die „Klappe auf“ machen. Das Infomobil also ein geniales Marketinginstrument? Wohl auch, aber nicht ausschließlich. Unterschiedliche Module zu politischen Strukturen und Zusammenhängen in Kommunen, Land und Bund besonders für junge Menschen in Schulen und Freizeiteinrichtungen können gebucht werden. Ein absoluter Renner in dieser Altersgruppe ist „Schule aus – was nun?“ Wir informieren über die Möglichkeiten von Freiwilligendiensten hier und „weltwärts“ – ganz nebenbei gibt es die Informationen zum Veranstaltungs- und Publikationsangebot der Landeszentrale.

Lutz Tittmann (Referent / Sonderveranstaltungen und Infomobil)



Antrittsbesuch von Staatsministerin Brunhild Kurth in der Landeszentrale

Karl-Preussner-Bücherei Großenhain wird Politischer Ort

DIE ZEIT-Interview mit Frank Richter zum Jahres-thema



Die neusten Methoden der politischen Bildungsarbeit wurden beim Sächsischen Weiterbildungstag erst fein verpackt (rechts) und dann demonstriert.



Die Eurokrise musste kommen. Prof. Hampe erklärte warum und Prof. Milbradt ergänzte.

Politische Bildung im Fokus

Einen bildungspolitischen Höhepunkt stellte der Sächsische Weiterbildungstag dar, der am 12. September 2012 auf dem Leipziger Uni-Gelände stattfand. Er widmete sich der politischen Bildung als Element der Erwachsenenbildung und weckte das Interesse von über 100 Besuchern. Diese waren zumeist Multiplikatoren; sie kamen aus den verschiedenen Regionen Sachsens und der benachbarten Länder.

261 Veranstaltungsstunden beschäftigten wir uns mit den Methoden und Inhalten der politischen Bildung.

Die Landeszentrale hätte – wie viele andere Bildungsträger auch – an diesem Tag nicht fehlen dürfen. Ihr Workshop trug den Titel: „eingepackt - ausgepackt - angepackt“ und präsentierte ausgewählte Bildungsangebote in einer ungewöhnlichen und nach Aussage der Teilnehmer überraschend attraktiven Weise.

1. Brauchen wir Deutschen noch eine Armee? Diskussion mit General a.D. von Kirchbach in Leipzig

7. Von der Finanz- und Wirtschaftskrise zur Eurokrise? Seminar in Bautzen

8.

9.

20. Die langjährige Zusammenarbeit mit den Sächsischen Israelfreunden e. V. hatte es möglich gemacht, den Botschafter in den großen Veranstaltungssaal auf der Schützenhofstraße einzuladen. Seine Ausführungen und die sich anschließende Frage- und Gesprächsrunde waren ein Highlight in vielfacher Hinsicht. Die Besucher erlebten über fast zwei Stunden ein personalisiertes Lexikon der Religionskunde, der Zeitgeschichte, der aktuellen Geopolitik, der Diplomatie und ebenso - was bei Bildungsveranstaltungen nicht immer der Fall ist - eine wunderbare Vorführung einer die Distanz wahrenden und zugleich einnehmenden Höflichkeit.

18. Fortbildungstag der Landeszentrale, Besuch von Heereschule und Militärisches Museum



21. Vortrag von Mordechai Levy, israelischer Botschafter beim Heiligen Stuhl

26. Aus einer schönen Welt: Günter Wallraff ließt in Colditz

Henry Krause (Referatsleiter / Zielgruppe Öffentlicher Dienst)

Weltpolitik am Schützenhof

In kürzester Zeit vorbereitet und bestens besucht war eine abendliche Vortrags- und Gesprächsveranstaltung am 21. Juni mit dem scheidenden Botschafter Israels beim Heiligen Stuhl, Mordechai Levy.

29 Prozent aller Veranstaltungen fanden in Vortragsform statt.

Eurokrise ganz logisch

Es gibt Themen, die sind politisch existentiell, aber so kompliziert und umstritten, dass es schwer fällt, sich eine Meinung zu bilden. Dazu gehört zweifelsohne die Eurokrise. Neben zwei Reisen nach Brüssel und einem Seminar zur „EU im Unterricht“ war daher ein Seminar, das sich der Eurokrise widmete, ein Höhepunkt im Jahr 2012. Dem Hauptreferenten, Prof. Peter Hampe, gelang es, Ursachen und Hintergründe in einer Weise darzulegen, dass Teilnehmern und Seminarleitung ein Licht aufging. Die Krise kam nicht als unabwendbares Schicksal über uns, sondern es gibt ganz konkrete Ursachen. Historisch gesehen erscheint die europäische Wirtschafts- und Währungsunion als ein durchaus kühnes Experiment. In einem Streitgespräch am Ende des Seminars mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Prof. Georg Milbradt wurden zwei unterschiedliche Voraussetzungen für das Gelingen einer Währungsunion definiert: ein relativ homogener Wirtschaftsraum (Milbradt) oder: Die Länder müssen nicht gleich sein, sie müssen sich aber an die Spielregeln halten (Hampe). Da beide Voraussetzungen nicht eingehalten wurden, war die Krise nur eine Frage der Zeit.

Henry Krause (Referatsleiter / Zielgruppe Öffentlicher Dienst)



Hinter unseren Büchern stecken schlaue Köpfe

Politische Bücher

37 neue Titel wurden 2012 in das Angebot aufgenommen. Im ersten Halbjahr umfasste das Angebot 189 Titel, im zweiten 183 Titel. Insgesamt wurden 79.000 Bücher von 10.205 Bürgern bestellt. Der Anteil der Online-Bestellungen wächst weiter. 57 Prozent aller Bestellungen erreichten uns 2012 über den Web-Shop. Briefbestellungen und Direktabholungen gehen zurück. Die beliebtesten Bücher waren 2012:

Sachsen. Eine kleine Geschichte	1.640
Geschichte Sachsens	1.384
Die Erfindung des Junkers	1.138
Sächsische Mythen	1.087
Die Stasi	970
Braune Karrieren (erst seit Juli 2012)	885
Wirtschaftsgeschichte Sachsens	870
Klassiker der Kulturwissenschaft	800
Kein schöner Land	779
Erzgebirge	745



10. Frische Bücher. Das Schriftverzeichnis 11/2012 ist da

12. Das erste E-Book der Landeszentrale: die Sächsische Verfassung

16. 140 Schüler spielen Landball. Planspiel in Chemnitz

18. Der Angriff von Rechtsaußen. Lesung mit Fußballfans in Stolberg

Wir sind online

Das Internet ist als Kommunikationsmedium selbstverständlich. Sieben von zehn Sachsen sind online. Hinsichtlich Nutzungsqualität und Kommunikationswegen werden soziale Netzwerke immer bedeutender. Nicht mehr Google allein weist den Weg zum Web-Inhalt, es sind die Empfehlungen der Netzwerk-Freunde.

727

Fans folgten 2012 der SLpB auf Facebook.

Mit den sozialen Netzwerken verändert sich die Kommunikationsrichtung im Web. Der einseitige Weg vom Sender zum Empfänger ist Geschichte. Empfänger sind Sender und Sender sind Empfänger. Dabei hat die Homepage nicht ausgedient. 2012 wurde an der neuen Homepage der Landeszentrale intensiv gearbeitet. 2013 geht sie an den Start. Die sozialen Netzwerke eröffnen neue Verteil-, Kommunikations- und Interaktionsmöglichkeiten. Um ihren Bildungsauftrag zu erfüllen, muss die politische Bildung diese Möglichkeiten im Web 2.0 nutzen. 2012 hat die SLpB einen YouTube Kanal angelegt und die Aktivitäten bei Twitter und Facebook ausgebaut.

17

Videos zu Landeszentrale liefen 2012 auf unserem Youtube-Kanal.

Landeszentrale - Gefällt mir

Besonders Facebook wird von viele Referenten der Landeszentrale intensiv genutzt um Angebote anzukündigen, zu begleiten und nachzubereiten. Die durchschnittliche Reichweite unserer Inhalte lag 2012 bei 765 Personen. Wir konnten bis zu 2.128 Personen erreichen. Die Interaktion (Like-Klicks, Kommentare und geteilte Inhalte) nimmt mit der Zahl der Fans und er Qualität der eingestellten Inhalte zu.

Die höchsten Reichweiten haben Informationen zu Büchern und Veranstaltungen der SLpB mit aktuellem Bezug, sowie interaktive Angebote wie Umfragen.

Bei YouTube sind unsere Erfahrungen zu frisch, um inhaltliche Nutzungstrends zu beschreiben. Erkennbar ist allerdings, dass Inhalte, welche mit anderen sozialen Netzwerken vernetzt sind, stärker nachgefragt sind.

Die Behörde im Mit-mach-Netz

Zur Sensibilisierung und Orientierung der Mitarbeiter wurde 2012 ein Leitfaden zur Web 2.0-Kommunikation erarbeitet. Er soll helfen, die bestehenden dienstrechtlichen Regelungen angemessen für die Aktivitäten in sozialen Netzwerken zu interpretieren. Der erste Teil des Leitfadens bezieht sich auf dienstliche Aktivitäten in sozialen Netzwerken im Namen und Auftrag der SLpB. Teil zwei ergänzt und bezieht sich auf private Aktivitäten in sozialen Netzwerken von Mitarbeitern der SLpB mit dienstlichem Bezug.

Die Infoseiten - Wissen online

Die Besucherzahl auf den Infoseiten lag 2012 bei 25.540. 2011 waren es 19.140 Besucher gewesen. Dies entspricht einer Zunahme um rund 34 Prozent. Am stärksten gefragt waren Informationen zur Wahl des Bundespräsidenten - ein Beispiel für den direkten Zusammenhang zwischen einem aktuellen politischen Ereignis, dem entsprechenden Hinweis auf der Facebook-Seite der SLpB und der Zunahme der Nutzerzahlen der Infoseiten.

34

Prozent Besucherzuwachs auf www.infoseiten.slpb.de

Großes Interesse bestand an allgemeinen Informationen zum politischen System der Bundesrepublik, besonders zum Bundestag. Gesucht wurden aber auch Informationen



#slpb - Beteiligung ohne Anwesenheit. Die Twitterwall z.B. bei der Tagung „Profil zeigen im Internet“ oder der Partnerkonferenz macht es möglich.

Kommunikation analog und digital

Auch 2012 hat sich die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung weiter mit dem Internet und seiner Bedeutung für Politik und politische Bildung beschäftigt. Eine Vortragsreihe zur digitalen Demokratie wurde im Frühjahr abgeschlossen; gemeinsam mit der Evangelischen Akademie Meißen richteten wir im Januar eine Tagung über die Präsenz von Institutionen und Initiativen im Internet aus. Erfahrungen konnten ausgetauscht, in Workshops Anregungen für die eigene Praxis mitgenommen werden. Vorträge widmeten sich der kultur- und medienwissenschaftlichen Einordnung und dem Datenschutz. Die Tagung eröffnete auch den Mitarbeitern der Landeszentrale die Gelegenheit, sich mit anderen Bildungsträgern über die Erfahrungen beim Ausbau der Internetpräsenz auszutauschen. Daraus wurden dann interne Empfehlungen für den Umgang mit den sozialen Medien erarbeitet. 2013 wird auch die erneuerte Homepage der Landeszentrale ans Netz gehen.

Henry Krause (Referatsleiter / Zielgruppe Öffentlicher Dienst)

zur sächsischen Geschichte und Politik. Neu in die Infoseiten aufgenommen wurden im Jahr 2012 die Seiten zum Projekt „Politische Orte“ in Sachsen, ferner eine Seite zu Sachsen als Rohstoffland, mehrere Seiten zur Geschichte der Weimarer Republik, eine Zeittafel zu Deutschland 1933 bis 1945 sowie ein Artikel zur europäischen politischen Bildung.

Die Seite zum Jahresthema „Lasst uns streiten!“ besuchten 1.750 Nutzer. Die meisten interessierten sich für die Dresdner Rede des Direktors und für die Zitate zum Thema „Streit“. Zukünftig soll sich die Attraktivität dadurch erhöhen, dass Beiträge aus den Veranstaltungen zum Jahresthema zum Download bereitgestellt werden.



Informationen einmal im Quartal

Im Januar 2012 erschien der erste Newsletter der Landeszentrale. Mit dem Ziel höherer Aktualität und einer stärkeren Zusammenführung unserer Angebote löst der Newsletter die Halbjahresprogramme ab. Der Newsletter erscheint einmal pro Quartal in gedruckter und digitaler Form. Die Ausgabe 4/2012 wurde in 12.500 Exemplaren gedruckt.

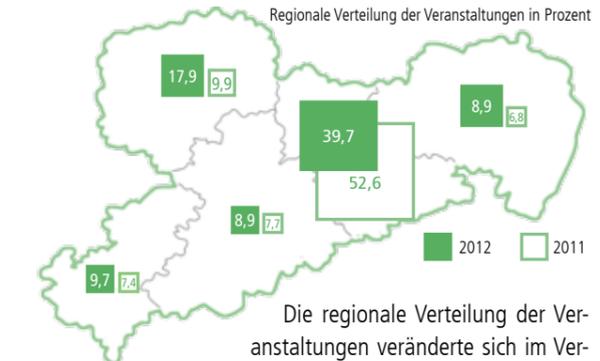
Im Newsletter finden die Leser Ankündigungen unserer Veranstaltungen, Vorstellungen aktueller Bücher aus unserem Schriftenverzeichnis, Buchempfehlungen zu einzelnen Veranstaltungen und Informationen zu Projekten der Landeszentrale. Die Kolleginnen und Kollegen der Landeszentrale haben mit dem Newsletter eine Möglichkeit ihre Projekte vorzustellen. 2012 gab es Beiträge zum Jahresthema „Lasst uns streiten“, zu den Info-Seiten, zum Redewettbewerb Zwickaus next topspeaker und zu den Politischen Orten.



Wrocław, Breslau, Wroclawia. Bildungsreise in die europäische Kulturhauptstadt 2016

Statistische Daten

Die SLpB organisierte im Jahr 2012 insgesamt 290 Veranstaltungen mit summa summarum 18.011 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies einen statistisch unbedeutenden Rückgang der Teilnehmer-Zahl (2011: 18.366) und einen Rückgang der Veranstaltungen um 20 Prozent. 2011 wies die Statistik 364 Veranstaltungen aus. Das waren Eigenveranstaltungen der SLpB, Kooperationsveranstaltungen mit Partnern und Fremdveranstaltungen, bei denen Mitarbeiter der Landeszentrale programmprägend beteiligt waren. Da die Landeszentrale bei der letzten Kategorie nicht (Mit-)Veranstalter war, wurde eine Korrektur der Statistik notwendig.



Die regionale Verteilung der Veranstaltungen veränderte sich im Vergleich zu 2011 zugunsten der ländlich und kleinstädtisch geprägten Regionen und zuungunsten der Stadt Dresden. 8,9% aller Veranstaltungen fanden in den Räumen der SLpB auf der Schützenhofstraße statt, 1,7% in anderen Bundesländern und 2,8% im europäischen Ausland.

3. Begrüßung der FSJ-ler Anastasia Kobisch und Lukas Steiner

7. Tag der Sachsen in Freiberg. Wir sind mit Zauberer und InfoMobil dabei

8. Leipzig: Sächsischer Weiterbildungstag zur politischen Bildung

12. Klausur der Landeszentrale in Meißen

13. Klausur der Landeszentrale in Meißen

14. Wrocław, Breslau, Wroclawia. Bildungsreise in die europäische Kulturhauptstadt 2016

21. Krabats Zauberland. Studienreise durch die Oberlausitz

22. Studienreise durch die Oberlausitz

23. Studienreise durch die Oberlausitz

24. Studienreise durch die Oberlausitz

27. Friedenskirche Radebeul wird Politischer Ort

Verstrickt in Erinnerungen

Was haben Stricknadeln, die Landeszentrale und ein generationenübergreifender Handarbeitskreis gemeinsam? Man stelle sich vor, es steht irgendwo ein Panzer und jung und alt stricken ihn gemeinsam ein!

Der 13. Februar ist für Dresdner und Dresdnerinnen ein schwieriger und auch ein schwerer Tag. Manchmal wirkt es, als hätte sich die gesamte Stadt, als hätten sich die Menschen verstrickt im Dickicht der unterschiedlichen Erinnerungen. Die Frage, welche Art des Erinnerns und Gedenkens angemessen erscheint, muss jeder für sich selbst beantworten. Für circa 20 Dresdnerinnen und Dresdner im Alter zwischen 12 und 78 Jahren lautete die Antwort, gerade zum 13. Februar ein Zeichen gegen Krieg zu setzen. „Angriff! Auf ins Geflecht!“, hieß es von September bis Februar. Es wurde gestrickt, was die Nadeln hergaben. Masche an Masche wurde

aneinandergereiht und der Eine oder die Andere entdeckte so ganz nebenbei so manch ungeahnte Fertigkeit.

Gemeinsam mit dem Louisenkombinat e.V. organisierte die Landeszentrale eine Veranstaltungsreihe, die dem Projekt eine weitere inhaltliche Dimension gab. Diskutiert wurde über die Erinnerungskulturen der Städte Dresden und

Wroclaw und über die generationale Weitergabe von Krieg, Flucht und Vertreibung. Vorläufiger Höhepunkt war ein Workshop, der allen Interessierten die zahlreichen politischen Facetten von „textilen Zeichen“ im öffentlichen Raum aufzeigte. Schließlich wurden an einem ausgewählten öffentlichen Ort, der mit der Ermordung Dresdner Jüdinnen und Juden in Zusammenhang steht, ein textiles Graffiti erschaffen.

Sabine Kirst (Referentin / Europa und internationale Fragen)

5. Streit und Konflikt. Öl oder Sand im Getriebe der Demokratie, Seminar in Lichtenstein

Du sollst dich erinnern!

Das Elfte Gebot von Freya Klier ist auch der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung ein wichtiges Anliegen. Was der Verlust der Freiheit für den Einzelnen bedeutet und welche Auswirkungen Diktaturen durch die Anwendung von Terror auf das Schicksal hunderttausender Menschen hatten, kann durch Zeitzeugenberichte, durch Vorträge, Lesungen, Podien und Besuche von Unrechtsorten authentisch vermittelt werden. Gleichzeitig verstehen wir Vergangenheitsaufarbeitung als Verpflichtung gegenüber denjenigen, die während der friedlichen Revolution 1989 für die Freiheit kämpften.

„Je ungünstiger die Situation ist, in der wir unsere Hoffnung bewahren, desto tiefer ist diese Hoffnung. Hoffnung ist eben nicht Optimismus. Es ist nicht die Überzeugung, dass etwas gut ausgeht, sondern die Gewissheit, dass etwas Sinn hat – ohne Rücksicht darauf wie es ausgeht.“ (Vaclav Havel, 1986)

Die Autoren Freya Klier, Udo Scheer, Caritas Führer, Helga Schubert, Vera Lengsfeld, Dr. Andreas Petersen, Else Thomas und viele andere erzählten 2012 von dieser tiefen Hoffnung, die Menschen im Widerstand gegen Diktaturen auszeichnete und ihnen die Kraft gab, sich nicht einschüchtern zu lassen. Berichte über die Herbstdemonstrationen 1989, Fluchtversuche an der Mauer oder Erfahrungen mit der DDR sind besonders für junge Zuhörer interessante Lehrstunden. Wer Widerstand gegen die SED-Diktatur leistete, bezahlte oft einen hohen Preis für die Zivilcourage. Über die kommunistische und nationalsozialistische Diktatur aufzuklären ist gleichzeitig eine Chance, Bürger für demokratisches Engagement zu motivieren.

Angelika Barbe (Referentin / Aufarbeitung SED-Diktatur)

17. Die arabische Welt in der Gegenwart. Vortrag in Delitzsch

19. Adressat unbekannt. Politisches Theater in Herrnhut

26. Der Fußball, die Fans und die Revolution in Ägypten. Politischer Fanabend in Zwickau

29. Verstrickt in Erinnerung. Start einer Reihe zum Thema Erinnerungskultur



„Assad kämpft bis zum Ende. Das syrische Volk ist ihm egal.“ Samer Mohamad informiert in Dresden und Chemnitz über die Lage in seiner Heimat.

Wir erinnern uns

Im Folgenden ist die Zuordnung der Veranstaltungen zu den acht Themenbereichen dargestellt, nach denen die VA der SLPB kategorisiert werden, sowie deren prozentuale Anteile an der gesamten Veranstaltungsarbeit:

Deutsche Geschichte / Geschichte allgemein	14,8
Diktatur - Aufarbeitung und Systemvergleich	26,6
Europa / Internationales	12,1
Innenpolitik	8,6
Politische Bildung	10,3
Politische Theorie	2,1
Politisches System / politische Ordnung	9,3
Sächsische Geschichte / Landeskunde	11,0
Sonstiges	5,2

Oktober



Welches Bundesland könnte das sein? Politische Bildung en passant beim Tag der Sachsen in Freiberg

Politische Theorie ist zeitaufwändig

Besonders (zeit-)aufwändig waren Veranstaltungen in den Bereichen Europa / Internationales, politische Bildung und politische Theorie. Durchschnittliche Dauer der Veranstaltungen in Arbeitseinheiten (90 Minuten):

Deutsche Geschichte / Geschichte allgemein	1,5
Diktatur - Aufarbeitung und Systemvergleich	1,7
Europa / Internationales	5,4
Innenpolitik	2,7
Politische Bildung	5,8
Politische Theorie	9,2
Politisches System / politische Ordnung	3,8
Sächsische Geschichte / Landeskunde	3,2
Sonstiges	4,1

November



Weiße Karte: Wir kommen nächstes Jahr wieder! 1. April in der Dresdner Herkuleskeule

Das Publikum mag Sonstiges

Großveranstaltungen waren wie immer Besuchermagneten. Die Teilnehmerzahl steht in engem Zusammenhang mit der Veranstaltungsform. Politische Bildung zog, weil sie oft Tagungsthema war. Teilnehmer je Veranstaltung:

Deutsche Geschichte / Geschichte allgemein	72
Diktatur - Aufarbeitung und Systemvergleich	48
Europa / Internationales	33
Innenpolitik	58
Politische Bildung	99
Politische Theorie	25
Politisches System / politische Ordnung	40
Sächsische Geschichte / Landeskunde	73
Sonstiges	203

9. Was wir uns einbilden. Nachhaltige Bildung für nachhaltige Entwicklung. Tagung in Dresden

12. „Adressat unbekannt“ in Herrnhut, szenische Lesung nach Kressmann Taylor, sechste Aufführung 2012

12. „Bis an die Grenze“, Film Diskussion bei den Grenzlandfilmtagen in Plauen

19. Partnerkonferenz zum Jahresthema

21. Hier stehe ich und kann nicht anders. Redewettstreit in Raddeburg

26. Das Domowina-Haus in Hoyerswerda wird politischer Ort

29. Ich wollte frei sein. Vera Lengsfeld berichtet in Leipzig

Vertrauen und Verrat

Deutschland im Nationalsozialismus. Zwei Freunde – ein Jude und ein Nazi. Vertrauensbruch und Verrat. Und ein ebenso dramatisches wie ungewöhnliches Ende ... „Adressat unbekannt“ - eine szenische Lesung nach Kressmann Taylor mit Musik von Paul Hindemith.

Was bedeutet uns Freundschaft? Welche Grenzen hat sie? Warum passiert es, dass Freunde einander verraten? Welche Rolle spielt Rache? Was passiert, wenn jemand fanatisiert – kann man das verhindern? Was sind Werte, und gibt es welche, die wichtiger sind als andere? Welches Umfeld begünstigt Gewalt? Was bedeutet Zivilcourage?

Diese Fragen diskutierte unser Publikum nach den Aufführungen. In Evaluationsbögen, welche die (meisten) Schüler gewissenhaft und sehr akribisch ausfüllten, charakterisierten sie die Protagonisten, erklärten, was sie angerührt hatte und gaben uns Hinweise, was wir verändern könnten oder unbedingt beibehalten sollten. Diese engagierte Mitarbeit hat uns tief beeindruckt. Sie hat uns außerdem gezeigt, wie sinnvoll solch eine Darstellungsform von Geschichte ist. Bestärkt hat sie uns darin, dass es richtig war und sich gelohnt hat, das Projekt mit Laiendarstellern zu gestalten und einen gewissen Aufwand bei der sorgfältigen Vorbereitung nicht zu scheuen. An sechs Orten in Sachsen, vor allem in Schulen, wurde diese Lesung 2012 aufgeführt, die wir seit diesem Jahr erstmals im Programm haben. Für 2013 gibt es bereits zahlreiche weitere Anfragen.

Dr. Eva-Maria Zehrer (Referatsleiterin / Landeskunde und Zeitgeschichte)





Das Domowina-Gründungshaus in Hoyerswerda ist ein Politischer Ort.

Politik ist überall

Politisch wird es, wenn Menschen Regeln für ihr öffentliches Zusammenleben aushandeln. Das geschieht nicht nur in Brüssel, Berlin oder Dresden. Auch die Lausitz, das Elbland, das Vogtland oder das Erzgebirge sind und waren Schauplätze politischer Ereignisse. An manchen Orten nahmen Menschen ihr Schicksal selbst in die Hand, schlossen oder brachen den Frieden, schrieben Verfassungen, gründeten eine Volksbücherei, wurden verfolgt oder vor Verfolgung geschützt. Auch in der Gegenwart finden sich zahlreiche Orte, wo sich Menschen politisch beteiligen oder sich mit politisch-historischer Bildung befassen. Solche Politische Orte sucht die Landeszentrale.

Pro Landkreis werden jährlich zwei Politische Orte ausgewählt und mit 2.000 € prämiert. Das Geld ist für die politische Bildungsarbeit zweckgebunden. Zudem vereinbaren wir eine dreijährige Kooperation bei gemeinsamen Veranstaltungen und Projekten. 2012 luden wir im Landkreis Bautzen zum Wettbewerb ein. Politische Orte wurden das Gründungshaus der Domowina in Hoyerswerda und das Gewerkschaftshaus Bautzen. Informationen: www.politische-orte.de

Stefan Zinnow (Referent / Jugend)

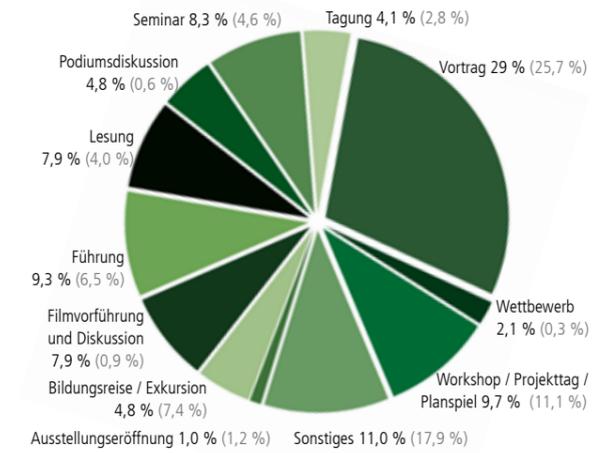
Unsere Zielgruppen

Die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung ist für alle sächsischen Bürger da. Aber Angebote für jedermann sind selten für alle gut. Experten interessieren sich selten für Basiswissen, allgemein Interessierte sind kaum für Fachbücher zu gewinnen. Wir kommen nicht umhin, unsere Angebote für Zielgruppen zu planen.

2012 richteten sich unsere Veranstaltungsangebote zu 26,5 Prozent an Lehre und Pädagogen, 23,1 Prozent der Veranstaltungen waren für Schüler konzipiert. Drittstärkste Zielgruppe sind Mitarbeitern in der Jugendarbeit und Studierenden (je 6,9 Prozent). Bundeswehr, Senioren und Mittler der politischen Bildung folgen als wichtige Zielgruppen mit je 5,5 Prozent der Veranstaltungen. Neben diesen Angeboten für einzelne Zielgruppen gab es 147 Veranstaltungen für die breite Zielgruppe der Interessierten. Das waren 47,9 Prozent aller Veranstaltungen.

Veranstaltungsformen

Das Angebot an Seminaren, Podiumsdiskussionen und Filmvorführungen samt Filmgesprächen hat zugenommen. Gegenüber 2011 waren Bildungsreisen, Workshops und sonstige Formate seltener.



Anteil der Veranstaltungsformen 2012 und 2011 in Klammern.



Mitten drin im Landtag. 728 Schüler versuchten sich 2012 als Abgeordnete.

Unsere Expertise ist gefragt

Neu in der Statistik ist die Kategorie „Fremdveranstaltungen“. Das sind alle Veranstaltungen, bei denen sich Mitarbeiter der SLPB auf Einladung anderer Träger der politischen Bildung mit eigenen Programmpunkten beteiligen. Die statistische Erhebung erfolgte für 2012 erstmalig. Deshalb ist ein Vergleich zum Vorjahr nicht möglich.

74 -mal wurde Mitarbeiter der Landeszentrale als Referenten, Moderatoren und Experten eingeladen.

Die Daten: Im Jahr 2012 beteiligten sich Mitarbeiter der SLPB an 74 Fremdveranstaltungen und erreichten dort 5.725 Teilnehmer. Das geschah überwiegend in Vortragsform (52 Veranstaltungen). Weitere Formen der Beteiligung waren: Moderationen, Teilnahme an Expertengesprächen und Podiumsdiskussionen sowie Pressekonferenzen. Letztere fanden u. a. im Zusammenhang der Mitwirkung in der AG 13. Februar statt.

3. Das Gewerkschaftshaus Bautzen wird Politischer Ort

11. Das 14. Planspiel des Jahres. Damit übernahmen 728 Schüler die Rolle von Landtagsabgeordneten

MdL. Mitten drin im Landtag

Wir spielen Landtag. Schüler oder Jugendlichen übernehmen für etwa fünf Stunden die Rolle von Abgeordneten. Es gibt auch Fraktionsvorsitzende und Fraktionsgeschäftsführer, Minister, einen Ministerpräsidenten oder eine Ministerpräsidentin und mehrere Ausschussvorsitzende. Das Besondere am Planspiel ist, selber Akteur zu sein und zu erleben, ob die eigenen Argumente Mehrheiten finden. Diese zu erreichen und zu sichern, ist ein Ziel des Spiels. Von der SLPB beauftragte Teamer leiten das Spiel, erklären die Regeln und verteilen die Rollen. Die Rolle des Landtagspräsidenten übernimmt ein Teamer und leitet die Plenarsitzung.

Das Parlamentsplanspiel eignet sich für Schüler aller Schulformen ab der neunten Klassenstufe. Je nach Größe der Gruppe, die von 20 bis zu 120 reichen kann, wird mit drei oder vier Fraktionen gespielt. In unserem Spiel sind es die Konservativen, die Freiheitlichen, die Sozialen und die Ökologischen. So wird die deutsche Parteienlandschaft grob abgebildet.

Das Spiel beginnt nach einer fiktiven Wahl. Noch hängen die Wahlplakate und damit die Wahlversprechen. Gesetzesentwürfe werden in Fraktionen und Ausschüssen beraten, ins Plenum eingebracht und meist mit Änderungsanträgen abgestimmt. Der reale Gesetzgebungsprozess ist verkürzt, aber als Prozess gut nachvollziehbar. Der besondere Wert des Spiels ist der hohe Eigenanteil der Spieler im Verlauf des Planspiels. Die Teamer bestätigen nach einigen durchgeführten Spielen, dass, sobald die Jugendlichen/Schüler die Rollen für sich angenommen haben, sich eine bemerkenswerte Dynamik im Spielablauf entwickelt.

Das Spiel lehrt, dass parlamentarische Prozesse komplex und manchmal langwierig sind. Es eröffnet neue Perspektiven, besonders in Rollen, die der eigenen politischen Präferenz nicht entsprechen. Und es zeigt die Unverzichtbarkeit der inhaltlichen Auseinandersetzung in der Demokratie.

Stefan Zinnow (Referent / Jugend)

Lasst uns streiten!

Ohne Streit geht es nicht, meint Dr. Annette Rehfeld-Staudt zum Jahresthema der Landeszentrale



Streit ist allgegenwärtig

Pro Jahr treffen sich die Deutschen zwei Millionen mal vor Gericht. Das sind 300.000 Mietstreitigkeiten, 150.000 Verkehrsunfallprozesse, eine halbe Million Ehescheidungen...

Im Sandkasten, vor Gericht oder im Parlament treffen unterschiedliche Interessen aufeinander. Es gibt verschiedenste Foren für die Austragung von Interessenkonflikten: Arbeitnehmer und Arbeitgeber streiten in Tarifverhandlungen, für Rechtsstreitigkeiten gibt es Gerichte und politische Auseinandersetzungen finden im Parlament statt.

Von der Sehnsucht nach Synthese

Auch wenn wir täglich streiten, so hat der Streit nicht den besten Ruf. Häufig gilt er als störend und negativ. Es scheint, als ob viele Sachsen, die Jahrzehnte auf das Recht der freien Meinungsäußerung verzichten mussten, den Streit als demokratisches Grundelement scheuen. Bei Auseinandersetzungen werden häufig Strategien der Konfliktvermeidung gesucht. In der Politik wird der „Parteienstreit“ misstrauisch betrachtet und wann immer die Lage prekär wird, ist der Ruf nach einer großen Koalition nicht weit. „Warum können Politiker sich nicht einigen?“ fragen viele Bürger. Diese Streitskepsis nutzen Populisten - vor allem von rechts. Sie bieten scheinbar einfache Lösungen für strittige Themen. Verbunden mit dem Beschwören diffuser Gefahren werden notwendige Auseinandersetzungen in der Gesellschaft gebremst oder gar verhindert. Schon vor vielen Jahren hat der Soziologe Ralf Dahrendorf festgestellt, dass die politische Kultur in Deutschland von einem starken Harmoniestreben und einer heimlichen „Sehnsucht nach Synthese“ geprägt sei. Diese Analyse gilt auch heute noch – nicht nur, aber auch in Sachsen.

Keine Demokratie ohne Streit

Dabei ist Streit ein Wesenselement unserer Demokratie. Montesquieu schrieb: „Vernimmt man in einem Staat keinen Lärm von Streitigkeiten, so kann man sicher sein, dass in ihm keine

Manfred Breschke und Thomas Schuch bei der Partnerkonferenz am 19. November 2012.

Freiheit herrscht.“ Dahrendorf geht sogar soweit, die Demokratie selbst als „institutionalisierten Streit“ zu bezeichnen: Demokratie ermöglicht und braucht den geordneten Wettstreit der Argumente.

In der parlamentarischen Demokratie finden die unterschiedlichen Meinungen, Weltanschauungen und politischen Konzepte ihren institutionalisierten Ausdruck in Form von Parteien. Sie bündeln und organisieren die Interessen und formieren sich zur Opposition gegen die herrschende Regierungsmehrheit. In den Augen vieler, nach Konsens und Harmonie strebenden Bürger, ist dieses „Parteiengozänk“ nicht eben beliebt. Bereits in der Weimarer Republik gab es in der politischen Kultur in Deutschland so etwas wie eine „Parteiverdrossenheit“.

Weil diese Einstellung fürchterliche Folgen hatte, war den Vätern und Müttern des Grundgesetzes die ausdrückliche Anerkennung der Parteien in der neuen Verfassung wichtig. Paul Nolte zur Rolle der Parteien: „Sie gehören nicht ins Vorfeld der Demokratie sondern sind deren wesentlicher Bestandteil – sie „wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Sie sind aber keine Staatsinstitutionen, denn wo der Unterschied zwischen Staat und Partei eingegeben wurde, wie in vielen Diktaturen des 20. Jahrhunderts, blieb die Demokratie auf der Strecke.“

Nicht um jeden Preis

Der Streit als demokratisches Wesenselement findet sich nicht nur in Form der Parteien im Grundgesetz wieder. Die Schöpfer des Grundgesetzes gingen noch einen Schritt weiter, indem sie die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik als streitbare und wehrhafte Demokratie ausstatteten: Keine Mehrheit kann den Kern der freiheitlich demokratischen Grundordnung (Grundrechte, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, Unabhängigkeit der Gerichte etc.) abschaffen. Jenseits allen Streits um Einzelfragen gilt für alle ein demokratischer Grundkonsens. Dieser ermöglicht auch bei starken Interessengegensätzen eine produktive und sachliche Auseinandersetzung. Auch diejenigen, die Mehrheitsmeinungen auf das Streitbarste bekämpfen, müssen auf dem Boden des Grund-

gesetzes stehen. Ist dies nicht der Fall, wehrt sich unsere Demokratie gegen ihre Feinde, beispielsweise durch das Verbot verfassungsfeindlicher Parteien. Die Bundesrepublik duldet keine Demontage der Demokratie, sondern verteidigt sie. In streitbaren Demokratien wird nicht um jeden Preis gestritten. Klare Regeln für den Wettstreit der Interessen und gemeinsame Wertgrundlage sind nicht verhandelbar.

Der Streit in der politischen Bildung

Streit gehört zur Demokratie und Streiten muss gelernt sein. Was läge also näher, als die Beschäftigung mit dem Thema „Streit“ im Rahmen von politischer Bildungsarbeit?! Mehrere Richtungen bieten sich zur Annäherung an: Streit sollte der Sache dienen. Dazu muss man die Sache kennen. Dabei kann Politische Bildung hilfreich sein, indem sie über politische Sachverhalte und Zusammenhänge informiert. Sachinformationen können so zur Meinungsbildung beitragen, nicht indem vorgegeben wird, was richtig und was falsch ist, sondern indem die Streitenden in die Lage versetzt werden, sich auf der Grundlage fundierter Sachkenntnisse eine begründete Meinung zu dem umstrittenen Problem zu bilden.

Streit sollte der Sache dienen.
Dazu muss man die Sache kennen.

Politik wird nicht nur am Stammtisch gemacht. Politische Bildung kann aufzeigen, welche Möglichkeiten der politischen Auseinandersetzung unser demokratisches System bietet und zum eigenen Engagement motivieren. Sie kann die Regeln vermitteln, nach denen in unserer Demokratie gestritten wird. Zentral dabei: die Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Emotionen gehören zum Streit. Sie kochen aber auch schnell über. Konstruktives Streiten will gelernt sein, hier kann politische Bildung wirkungsvolle und faire Methoden zum Umgang mit Konflikten vermitteln. Kenntnisse im Bereich von Moderation und Konsensfindung sowie die Fähigkeit zum Perspektivwechsel und zur Empathie können in einem geschützten Raum eingeübt werden.

Warum sind Bundestagsdebatten oft so langweilig, während es im englischen Parlament hoch hergeht? Weil viele Redner ihre Argumente nicht auf interessante und anschauliche Weise präsentieren. Rhetorik ist von zentraler Bedeutung für die Verbesserung der Streit- und Debattenkultur. Wer sich Gehör verschaffen will, muss seine Argumente wirkungsvoll vortragen. Dies kann man schon als junger Mensch lernen, indem man an einem Redewettbewerb oder einem Rhetorikworkshop im Rahmen der politischen Bildung teilnimmt.

Lasst uns streiten! Wir werden dieses Jahresthema auch in Zukunft praktizieren.

Weil das Thema Streitkultur somit vielfältige Ansätze für die politische Bildung bietet, hat sich die Landeszentrale 2012 des Themas angenommen. Unter dem Motto „Lasst uns streiten! – Politische Kultur zwischen Harmonie und Konflikt“ haben wir einen genaueren Blick auf die politische Streitkultur in Sachsen geworfen. Hierzu gab es eine Fülle unterschiedlicher Angebote: Das Spektrum reichte von Publikationen über Diskussionsveranstaltungen, einen Kabarettabend, Redewettbewerbe, Planspiele, Workshops und Methodentraining bis zur Partnerkonferenz. Wir haben uns sehr gefreut, dass viele unserer Einladung gefolgt sind und werden dieses Jahresthema auch in Zukunft weiter praktizieren: „Lasst uns streiten!“ - für mehr lebendige Auseinandersetzung in der Demokratie!



Die Autorin:
Dr. Annette Rehfeld-Staudt: Referentin in der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Zuständig für die Infoseiten (www.infoseiten.slpb.de) und Publikationen.

Keine Tabus

Wolfgang Neškovic zur Bedeutung des Streites für das demokratische Gemeinwesen. Ein Vortrag und vier Kommentare



„Die Bedeutung des Streites für das demokratische Gemeinwesen. Anspruch und Wirklichkeit und neue Regeln des Streits.“ Unter diesem Titel hielt Wolfgang Neškovic am 19. November 2012 in der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung einen Vortrag zum Jahresthema „Lasst uns streiten!“ Hier die Kurzfassung:

Sie alle kennen ein altes Sprichwort. Es lautet: „Wenn zwei sich streiten, dann freut sich der Dritte.“ Es wäre wünschenswert, wenn dieser Dritte keine Person wäre. Sondern etwas Abstraktes. Wenn zwei sich streiten, dann könnte und sollte die Wahrheit stets der lachende Dritte sein. Denn erst der Streit - also die Auseinandersetzung um das was richtig ist - verhilft der Wahrheit an das Licht. Streit sorgt für die nötige Dialektik, die wir als Entwicklung wahrnehmen.

Erst der Streit verhilft der Wahrheit an das Licht.

Doch der Streit befördert nicht zwangsläufig die Erkenntnis. Nicht selten steht er ihr auch im Wege. Gerade wer streitet, tut das, um seine Positionen zu verteidigen. Kommt dann die Emotion dazu, dann weigert sich der Streitende beharrlich einzusehen, dass er vielleicht Unrecht hat. Dann will er nichts wissen oder lernen. Er will etwas viel kindlicheres. Er will unbedingt Recht haben.

Was ist der Unterschied zwischen nutzlosem Streit und fruchtbarem Streit? Es sind Regeln, die den Streit in einen Diskurs verwandeln. Regeln geben einer Auseinandersetzung den nötigen Ablauf und drängen Emotionen zurück. Das gilt im Persönlichen. Es gilt dem Anspruch nach aber auch im politischen und gesellschaftlichen Bereich.

Anspruch

Der Anspruch lautet: In einem demokratischen Gemeinwesen sollten es der Diskurs und seine Regeln sein, die als einzige Grundlage für Macht zur Verfügung stehen. Geregelt ist, wer

unter welchen Bedingungen als Wahlbewerber auftritt, wie die Wahl abzulaufen hat und wie sie nach welchen Mehrheitsregeln zu entscheiden ist. Im Parlament gibt es dann Regeln für die Einführung von Tagesordnungspunkten, für die Dauer der Redebeiträge, für Zwischenrufe, für die Überweisung in Fachausschüsse und Vieles mehr.

Der Diskurs soll sich auch in der Regierung fortsetzen. Und auch in der Judikative sind es die Regeln, die den Streit vor dem Richter in etwas Konstruktives verwandeln sollen. Schließlich gibt es dann auch noch den Diskurs unter den staatlichen Gewalten. Es gibt Regeln für die Ablehnung eines Gesetzgebungsvorschlages der Regierung durch das Parlament. Es gibt Regeln für die Ablösung einer Regierung durch das Parlament. Es gibt Regeln für die Nichtanwendung und die Vorlage eines Gesetzes durch einen Richter. Es gibt Regeln, die dafür sorgen, dass verfassungswidrige Gesetze keinen Schaden anrichten, weil sie das Bundesverfassungsgericht aus dem Verkehr zieht. Es gibt Regeln für die Einsetzung von Richtern in ihre Ämter.

So viele Regeln gibt es. Doch sie scheinen alle so wenig zu nützen, denn die Wirklichkeit sieht ganz anders aus.

Wirklichkeit

Was nützen die guten Regeln für die Entscheidung von Wahlen, wenn sich eine politische Klasse gebildet hat, die sich eigene Regeln gibt. Sie behauptet zwar, in einem Wettstreit um die besten Entscheidungen für das Gemeinwohl zu stehen. Doch in großer Zahl verfolgt die politische Klasse sehr viel banalere Ziele. Sie streitet zunächst für sich selbst. Wer von Politik lebt, muss sicherstellen, dass ihm der Broterwerb nicht abhanden kommt.

Die politische Klasse streitet zunächst für sich selbst.

Anspruch und Wirklichkeit klaffen auch im Parlament weit auseinander. Der Deutsche Bundestag ist eine Abnickmaschi-

ne für die Gesetzesvorlagen der Regierung. Ihre Ministerien geben den Parlamentariern eine riesige Zahl an Gesetzesvorhaben auf den Tisch. Sie können von den Abgeordneten weder aufmerksam gelesen, noch sorgsam bewertet, noch angemessen diskutiert werden. Es fehlen die Mitarbeiter. Es fehlt die Zeit. Daraus ziehen die Fraktionen ihre Schlussfolgerungen. Sie arbeiten strikt nach Aufgabengebieten. Der Umweltexperte sagt mir, wie ich bei Umwelt abzustimmen habe. Ich lasse ihn wissen, was bei rechtspolitischen Entscheidungen zu sagen ist. Ich kann mich irren. Er auch.

Der Deutsche Bundestag ist eine Abnickmaschine für die Gesetzesvorlagen der Regierung.

Ein Abgeordneter einer Regierungsfraktion muss dagegen die Vorlagen der Regierung nicht einmal lesen. Seine Rolle ist es, nur auf der Grundlage der Begründung der Ministerien zuzustimmen. Der Mensch braucht aber viel mehr geistige Kapazität, eine Begründung sinnvoll anzuzweifeln, als sie sinnlos nachzuplappern. Zwischen unzureichend ausgestatteten Zweiflern und unzureichend ausgestatteten Nachplapperrern kann es in aller Regel keinen sinnvollen Streit geben.

So entstehen auch die jährlichen Haushaltspläne der Justiz, die den Gerichten nicht genügend Haushaltsmittel zur Verfügung stellen. So entstehen lückenhafte und widersprüchliche Gesetzesvorschriften, deren Nachbearbeitung durch Auslegung und Fortentwicklung den Richtern die wertvolle Zeit rauben. Ein Richter ohne Zeit blickt unaufmerksamer in seine Akten, schaut mit wenig Empathie in die Gesichter der Menschen vor der Richterbank und gibt den Beteiligten nicht das „rechtliche Gehör“, das seinen Namen verdient.

Schließlich ist der wichtigste Streit, der innerhalb der Legislative und der Exekutive geführt wird, ein verborgener Streit. Das liegt daran, dass ein sehr wichtiger Teilnehmer dieses Diskurses anonym bleiben möchte. Ich spreche von der Lobbyarbeit der großen Unternehmen und Wirtschaftsverbände.

Neue Regeln

Der Philosoph Jürgen Habermas hat einige Vorschläge gemacht, wie die Demokratie deutlich lebendiger werden könnte. Habermas nimmt an, dass der Diskurs unter neuen Regeln ablaufen sollte.

Diese Regeln lauten vereinfacht: Alle Streitenden sind gleich. Alter, Renommee oder wirtschaftliche Stellung sollten nicht entscheidend sein, sondern allein die Kraft des Argumentes und die mit ihm verbundene Begründung. Die Streitenden sind zur Ehrlichkeit verpflichtet. Sie haben ihre persönlichen Motive für ihre Haltungen ebenso offenzulegen wie ihre persönlichen Interessen am Ausgang des Streites. Alles darf angezweifelt werden. Es gibt keine absoluten Wahrheiten, sondern nur Annahmen über die Wahrheit, die keine Tabus darstellen. Es ist ein Ergebnis im Wege des Konsenses anzustreben.

Alles darf angezweifelt werden. Es gibt keine absoluten Wahrheiten.

Habermas Verständnis des Begriffes „Diskurs“ stellt ein hohes Ideal dar. Doch das waren auch vormals die bürgerliche Freiheiten, die repräsentative Demokratie, die Unabhängigkeit der Justiz und die Freiheit des parlamentarischen Mandats.



Der Autor:
Wolfgang Neškovic: Geboren am 3. Juni 1948 in Lübeck; verheiratet, zwei Kinder. 1990 Vorsitzender Richter am Landgericht Lübeck, mehrjährige Lehraufträge an der Universität Hamburg, 2002 bis 2005 Richter am Bundesgerichtshof. Mitglied des Bundestages seit 2005; bis Oktober 2009 stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. Seit 13. Dezember 2012 fraktionslos. 1979 bis 1994 Mitglied der SPD, 1995 bis 2005 der Grünen, seitdem parteilos.

Darüber kann man streiten

Die Überlegungen von Wolfgang Neškovic stießen auf ein interessiertes und kontroverses Echo. Die Thesen von Wolfgang Neškovic sind streitbar. Ganz im Sinne unseres Jahresthemas haben wir Antje Hermenau, Dr. Matthias Röbler, Oliver Reinhard und Werner Rellecke um Kommentare gebeten.

Richtig ist, was Mehrheiten findet

Neškovic sagt: „Wenn zwei sich streiten, dann könnte und sollte die Wahrheit stets der lachende Dritte sein.“ Dieser Aussage kann vordergründig zugestimmt werden, genauer betrachtet geht es bei einem politischen Streit jedoch oftmals um etwas anderes. Auf die Frage: Wie viel Staat brauchen wir? antworten die Menschen zum Beispiel ganz unterschiedlich. Und zwei unterschiedliche Meinungen hierzu können trotzdem beide wahr sein. Ein Streit darüber, ob das stärker gleichheitsorientierte Wohlfahrtsstaat-Modell skandinavischer Prägung besser ist als das stärker freiheitsorientierte Staatsverständnis der US-Amerikaner, wird kaum ein „wahres“ Ergebnis zutage befördern. Sobald politische Meinungen auf Grundüberzeugungen fußen, geht es im Streit vorrangig um Toleranz und Konsensfindung. Nur faktische Argumente können auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft werden.

Vernunft und Pragmatismus zählen

Neškovic schlägt neue Regeln des politischen Streits im Sinne idealer Sprechsituationen nach Habermas vor. Das ist theoretisch schön, aber genauer betrachtet illusorisch: Die Streitenden sollen zur Ehrlichkeit verpflichtet werden? Nun kennen wir Aussagen wie: „Ich bin zwar Konzernchef, aber mir liegt bei Tarifverhandlungen nur das Gemeinwohl am Herzen.“ Oder: „Ich bin zwar Arbeiter, aber auch als Konzernchef würde ich höhere Löhne durchsetzen.“ Solche

Ich, du, wir, ihr und die da

Herr Neškovic wirft einige Fragen auf, die mich früher auch einmal beschäftigt haben, und auf die ich gerne meine persönliche Antwort geben möchte. Kann ein politischer Diskurs ohne Emotionen, orientiert an der reinen oder auch praktischen Vernunft, stattfinden? Und gibt es eine allgemeingültige Wahrheit, die aus dem Diskurs entsteht und dann fortan gilt?

Das scheint mir sehr theoretisch zu sein. Wer die Persönlichkeit des Diskutierenden, seine persönlichen Erfahrungen und Meinungen, seine Lebensumstände und seine Prägungen ignorieren will, um einen „reinen“ Diskutanten zu erhalten, vergeht sich am Individuum. Selbst Marx vertrat die These, dass das Sein das Bewusstsein bestimme.

Aussagen können nur bedingt auf ihre Richtigkeit überprüft werden. Einer glaubt an die Ehrlichkeit des Redners und nimmt ihm seine Aussage ab, der andere nicht. Machtfragen sind in der modernen Demokratie keine Fragen nach Tugenden, Glaube oder Ideologie, sondern nach Vernunft und Pragmatismus. Richtig ist, was Mehrheiten findet – möglichst langfristig! Die gesunde politische Streitkultur sollte dabei Moral einfordern, kann sie aber nicht als Regel verordnen.

Um ein politisches Ziel zu erreichen, sind also überzeugende Argumente und das Ergebnis eines Diskussionsprozesses entscheidend, nicht die moralische Qualität der Diskutierenden. Und das Kernproblem im Bundestag sind auch nicht die „Abnicker“, wie Neškovic behauptet, sondern viel zu komplizierte Gesetzesvorlagen, die allzu sehr ins Detail gehen und weder von den Abgeordneten noch vom Volk verstanden werden. Ein Gesetz, das nur Verwaltungsjuristen verstehen, kann kein demokratisches Gesetz sein. Und sinnvoll streiten lässt sich nur, wenn der Streit-Gegenstand klar definiert ist.

Werner Rellecke, Referatsleiter Publikationen / Bildungsservice in der SLpB

Folgt man ihm in dieser Frage, ist es abwegig, von Diskutierenden zu verlangen, ihre Persönlichkeit an der Garderobe abzugeben, bevor sie den Debattierklub betreten dürfen. Hinzu kommt, der Mensch kann vielfältig zur Erkenntnis und Einsicht gelangen: durch Wissenserwerb, durch Glauben oder durch Gemeinschaftserleben. Ihn dieser Vielfalt zu berauben und auf sein Gehirn zu reduzieren, halte ich für absurd. Übrigens werden auch die Emotionen vom Gehirn gesteuert, ja, ich wage die These, dass alle Gedanken Emotionen unausgesprochen beinhalten.

Das Verhängnis absoluter Wahrheiten

Es war die Auffassung von Fichte, Hegel und Schelling, die „absolutes Wissen“ postulierten, indem sie der subjektiven Erkenntnis eine absolute Geltung zusprechen wollten. Diese Denkschule ist bereits im vorletzten Jahrhundert an den Lebensrealitäten gescheitert und muss auch nicht wieder hervor gekramt werden. Die Sehnsucht nach allgemeingültigen, unverrückbaren Wahrheiten, auch unter dem Deckmantel der reinen Vernunft, ist mir zutiefst suspekt. Sie bedeutet in der Konsequenz gesellschaftlichen Stillstand, zumindest wenn man nicht an das Paradies auf Erden glaubt.

Im letzten Jahrhundert wurde auf verhängnisvolle Weise mehrmals in der deutschen Geschichte klar, wie schlimm es sich auf eine Gesellschaft auswirkt, wenn sie die tragfähigen Beziehungen von ich, du, wir, ihr zum „die da“ verliert. Jeder Dialog braucht diese Zuordnungen, weil der Mensch nun einmal keine Monade ist, sondern ein Herdentier. Vielleicht rührt daher die allgemeine Einsicht, dass wir in Deutschland unsere Streitkultur noch verbessern können.

Der Mensch irrt

Ob man die Ideale der Aufklärung oder Kants Kritizismus zu Rate zieht: der Reichweite der individuellen menschlichen Erkenntnis sind Grenzen gesetzt. Ob man nun Gott für die einzige aus moralischer Gesinnung handelnden Intelligenz hält oder lebenswirklich verstanden hat: Irren ist außerordentlich menschlich, individuell wie kollektiv.

Kant bezweifelt Aussagen über die Wirklichkeit, die keinerlei praktischer Erfahrung bedürften, stark. Diese transzendente Dialektik bildet eine Kernaussage in seiner Kritik der reinen Vernunft. Im besten Sinne metaphysisch gesprochen: das Sein ist allen gegeben, was sie daraus machen, ist eine individuelle Entscheidung.

In der Antike war die Dialektik bei Sokrates, Platon und Aristoteles eine Methode, um Wissen kritisch zu hinterfragen oder zu manifestieren – als den aktuellen Erkenntnisstand der jeweiligen Zeit. Sokrates war ein Meister darin, eine aufgestellte These zu überprüfen, zu verwerfen und alle wieder ratlos abziehen zu lassen, weil er auch keine neue aufstellte – ein philosophischer Mephisto sozusagen. Darauf haben dann später die Stoiker aufgebaut, die von den römischen Kaisern intellektuell ähnlich angeekelt wie Herr Neškovic von den Lobbyisten und Parlamentskollegen, zu der Schlussfolgerung kamen, sich gänzlich aus der Politik heraus zu halten. Das mag zur Kaiserzeit eine erklärbare Wendung gewesen sein. Wir leben in einer Republik, einer so wörtlich öffentlichen Angelegenheit.

Fünf einfache Vorschläge:

1. Selbst den Diskurs in seiner Umgebung austragen und nicht mehr delegieren. Ich-Botschaften sind echte Informationen und damit zugleich Argumente.
2. Im Netz: nicht anonym diskutieren, sondern individuell erkennbar. Das macht aus übellauniger Streitlust eine echte Diskursmöglichkeit ohne ideologische „Totschlag“-Argumente.
3. Freimütige Bekenntnisse ersetzen ein Argument ebenso wenig wie wüste Beschimpfungen oder die Unterstellung vermeintlicher Motive.
4. Gute Beispiele machen Schule.
5. Der Mensch hat in einem Rechtsstaat immer die Freiheit der Entscheidung – auch über sein Diskursverhalten.

Antje Hermenau, Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN im Sächsischen Landtag, Mitglied des Bundestages 1994-2004

Keine Zeit für wahren Streit

Zu Recht weist Wolfgang Neškovic auf grundsätzliche Probleme der Streitkultur im Gemeinwesen hin und macht sinnig klingende Vorschläge: „Mehr Zeit für den Erwerb inhaltlicher Diskurs-Kompetenz“ und „klare Regeln“, damit der Streit nicht noch weiter zum Selbstzweck bzw. zum Gerangel um Ideologien verkommt statt sachlicher Diskurs zu sein.

Nun haben vor allem die Globalisierung von Märkten und Politik sowie die Erosion gesellschaftlichen Strukturen zur Verdichtung, Komprimierung und Zwangsbeschleunigung auch der politischen Prozesse beigetragen. Dies könnte sich durch „mehr Zeit“ zwar ausbremsen lassen. Nur: Mehr Zeit – woher nehmen? Aus der Verschiebung von Prioritäten im politischen Alltagsgeschäft? Welcher Prioritäten?

Konsens oder Bashing

Nicht umsonst hat sich Deutschland in eine Konsensrepublik verwandelt, einige führende Repräsentanten der Bundes- und Landespolitik signalisieren klar über ihr Verhalten, dass sie wirklichen Streit über kontroverse Inhalte für nachrangig halten. Parallel dazu hat sich eine öffentliche Streitkultur entwickelt, der es weniger um konstruktiven Austausch geht als um möglichst lauten und heftigen Abtausch von Schlägen, ums Sich-Empören, ums „Bashen“. Dass Politiker wie Medien sich an diesen tendenziell so zügel- wie regellosen Nicht-Debatten aktiv beteiligen und diese Streit-Unkultur damit fördern, macht das Problem nur gravierender. Mehr Regeln – wer sollte sie aufstellen, vermitteln, deren Einhaltung kontrollieren?

Neschovic plädiert für eine Rückschneidung der Wucherungen unserer gesellschaftlichen und politischen Streit- und Keine-Zeit-Kultur. Provokant gefragt: Wäre dergleichen unter Beibehaltung unserer ausgeferten parlamentarischen Entscheidungsstrukturen überhaupt zu haben?

Oliver Reinhard, Redakteur der Sächsischen Zeitung

Worte schaffen Wirklichkeit

Die Bedeutung des Streites für das demokratische Gemeinwesen wird im Parlament ganz besonders deutlich. Das Plenum ist ein Ort der politischen Auseinandersetzung, die in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Hier ist der Streit allerdings geschriebenen oder ungeschriebenen Regeln unterworfen. Der Streit um politische Inhalte sollte ohne Beleidigungen oder die Ausnutzung der persönlichen Schwächen des Kontrahenten ausgetragen werden. Er soll so geführt werden, dass man sich am Ende auch wieder zusammensetzen kann.

Das Parlament ist ein Arbeitsparlament

Das Parlament ist ein Arbeitsparlament, in dem auch der Streit letztendlich zu Arbeitsergebnissen führen muss, an deren Zustandekommen alle Akteure durch ihre Zustimmung oder Ablehnung unmittelbar beteiligt sind. Der über die Medien vermittelte und in Plenardebatten entstehende Eindruck, Abgeordnete würden immer miteinander streiten, alles besser wissen als ihre Kollegen und dabei unfreundlich miteinander umgehen, trifft also nicht wirklich auf den Arbeitsalltag im Sächsischen Landtag und anderer Parlamente zu.

Dem Diskurs folgt der Konsens

Aus dem Diskurs um die besten Lösungen wird sich in einer Demokratie am Ende immer ein Konsens entwickeln müssen, der seine Tragfähigkeit mit Blick auf die gesamtgesellschaftlichen Interessen und ihre mehr oder weniger einflussreichen Vertretungen unter Beweis stellen muss. Habermas Verständnis des Begriffes „Diskurs“ als Ideal würde ich als Realist hinzufügen, dass Worte dieselbe wirklichkeitsverändernde Kraft wie Handlungen und Taten besitzen können. Worte schaffen Wirklichkeit. Auch das sollten wir bei allen Diskussionen um eine demokratische Streitkultur mit bedenken.

Dr. Matthias Röbler, Landtagspräsident, Mitglied des Sächsischen Landtags seit 1990

Wir brauchen Partner

Die Landezentrale hat den Auftrag zur Vernetzung. Ohne Vernetzung kann die Landezentrale ihren Auftrag nicht erfüllen.



„Die Landezentrale verfolgt mit ihrer Tätigkeit das Ziel, zu einer weiteren Verbreitung und Stärkung der demokratischen, rechtsstaatlichen Grundordnung in der sächsischen Bevölkerung beizutragen. Auf überparteilicher Grundlage übernimmt sie die Aufgabe, politische Bildung in Sachsen zu fördern und zu vertiefen. In Erfüllung dieser Aufgaben hat die Landezentrale insbesondere 1. auf eine Abstimmung mit den für die Förderung der politischen Bildung befassen staatlichen Stellen hinzuwirken, 2. die Zusammenarbeit mit den freien Trägern der politischen Bildung zu pflegen, ...“

Aus der Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über die Organisation und die Aufgaben der Sächsischen Landezentrale für Politische Bildung.

Die Landezentrale beteiligt sich punktuell in verschiedenen Gremien. Sie ist regelmäßiges Mitglied in folgenden Gremien:

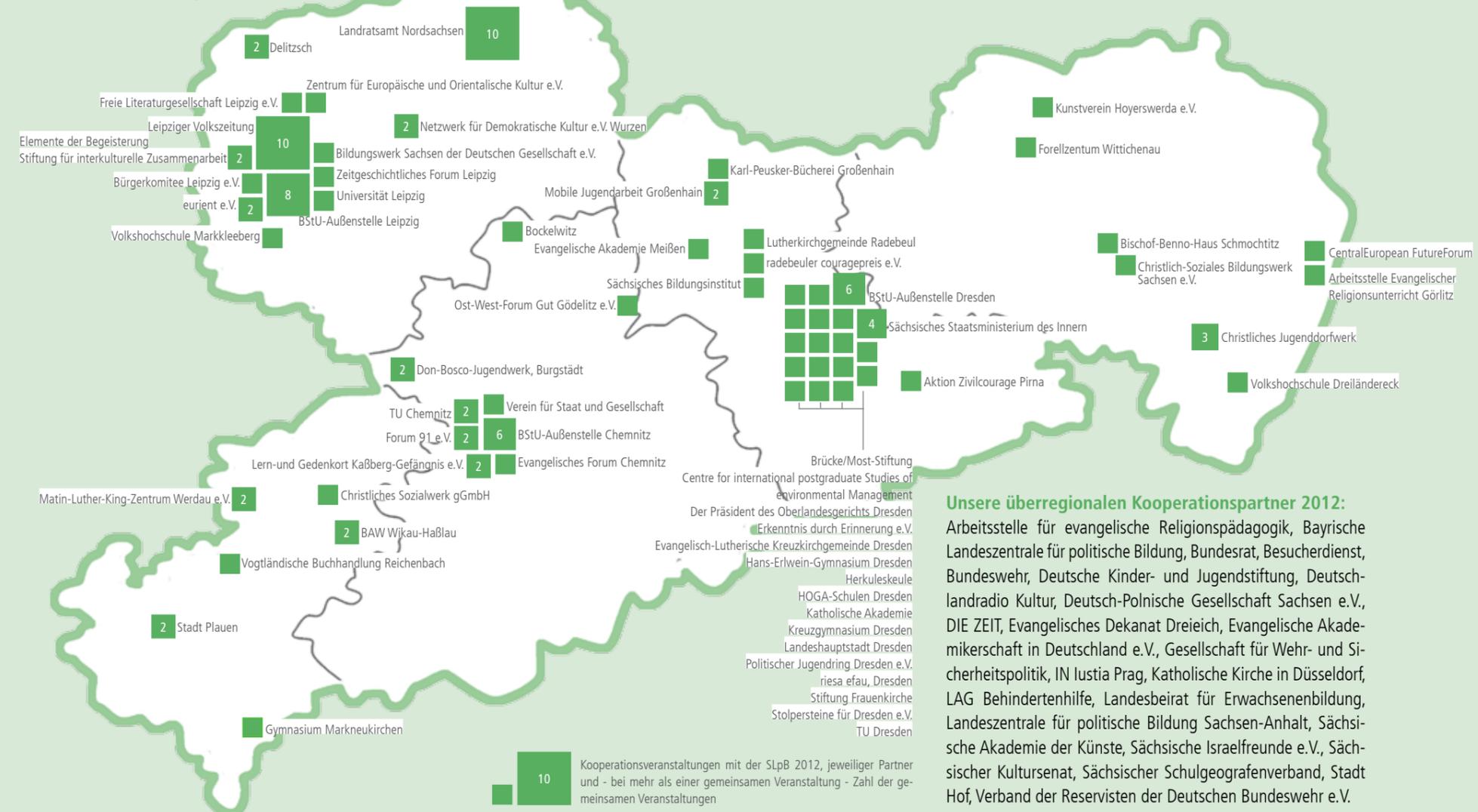
Stiftungsrat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft, Arbeitsgruppe 13. Februar der Stadt Dresden, Beirat beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, Fachbeirat Dresdner Revolutionsweg 1989/90, Beirat zum „Forum starke Demokratie“, Jurymitglied Radebeuler Couragepreis, Jurymitglied „Sächsischer Bürgerpreis“, Landespräventionsrat im Freistaat Sachsen, Leiterkonferenz Bundeszentrale für politische Bildung und Landeszentralen für politische Bildung, Landespreis für Heimatforschung, Sächsischer Kultursenat, Fachkonferenz Publikationen der Zentralen für politische Bildung Deutschland, Landesbeirat für Erwachsenenbildung, Programmbeirat Haus der Kirche, Landesbeirat für Erwachsenenbildung, Arbeitsgruppe Informations- und Kommunikationstechnik, Entwicklungsgruppe Informationssicherheit, Arbeitskreis Frauenbeauftragte/Gleichstellungsbeauftragte, Arbeitsschutzausschuss, Beirat Elternmitwirkungsmoderatoren, Beirat des Kulturbüro Sachsen e.V.

Unsere Partner vor Ort 2012

91 Prozent unserer Veranstaltungen fanden außerhalb der SLpB statt. Diese auftragsgemäße Präsenz im Freistaat Sachsen ist nur mit Kooperationspartnern möglich. Wir brauchen deren regionale

Expertise. Die Bildungsträger in den Regionen kennen die inhaltlichen, formalen und methodischen Bedürfnisse vor Ort am besten. Manche haben ein „Stammpublikum“ und verfügen über regionale Einladungsverteiler. Und sie sind wertvolle Partner bei der Auswahl

und Bereitstellung von Veranstaltungsorten. Nicht zuletzt sind auch personelle, materielle und finanzielle Möglichkeiten der Partner wichtig für unsere Kooperationsveranstaltungen. Die Landezentrale braucht Partner und sie ist Partner.



Unsere überregionalen Kooperationspartner 2012:

Arbeitsstelle für evangelische Religionspädagogik, Bayrische Landezentrale für politische Bildung, Bundesrat, Besucherdienst, Bundeswehr, Deutsche Kinder- und Jugendstiftung, Deutschlandradio Kultur, Deutsch-Polnische Gesellschaft Sachsen e.V., DIE ZEIT, Evangelisches Dekanat Dreieich, Evangelische Akademikerschaft in Deutschland e.V., Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik, IN Iustia Prag, Katholische Kirche in Düsseldorf, LAG Behindertenhilfe, Landesbeirat für Erwachsenenbildung, Landezentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt, Sächsische Akademie der Künste, Sächsische Israelfreunde e.V., Sächsischer Kultursenat, Sächsischer Schulgeografenverband, Stadt Hof, Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V.

Impressum

Sächsische Landeszentrale für politische Bildung

Schützenhofstraße 36

01129 Dresden

Tel.: 0351 85318-0

Fax: 0351 85318-55

E-Mail: info@slpb.smk.sachsen.de

Internet: www.slpb.de | www.infoseiten.slpb.de | www.facebook.com/slpb1

Redaktion: Thomas Platz (V.i.S.d.P.), Telefon: 0351 / 85318-21 | Fotos: wenn nicht anders angegeben SLpB | Auflage: 1.000 | Druck: Stoba-Druck GmbH

Verteilerhinweis: Diese Informationsschrift wird von der SLpB im Rahmen ihres Auftrages herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.